

Vorlage

Finanzen

114/2020/1

Geschäftszeichen: 20-1-902.410-ro  
20.11.2020

---

Ältestenrat	16.11.2020	nicht öffentlich	Kenntnisnahme
Verwaltungsausschuss	02.12.2020	öffentlich	Beratung
Gemeinderat	09.12.2020	öffentlich	Beschluss

---

### Thema

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2021, Investitionsprogramm und Mittelfristige Finanzplanung, sowie der Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs, Anträge und Anregungen des Gemeinderats

### Beschlussantrag

1. Der Gemeinderat entscheidet die Finanzanträge und nimmt die allgemeinen Anträge und Anregungen der Gemeinderatsfraktionen zum Haushaltsplan 2021 zur Kenntnis. Soweit Finanzanträge eine Mehrheit finden, so werden diese im Wege über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen zum Haushalt mit einer Kostendeckung durch den Haushaltserlass 2021 mit den dort enthaltenen Orientierungsdaten bzw. der Ergänzung durch die Steuerschätzung vom November 2020 umgesetzt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat im Juni 2021 entweder einen Finanzzwischenbericht oder im Bedarfsfall einen Nachtragshaushalt vorzulegen.
3. Der Gemeinderat verabschiedet unter Beachtung der Beschlüsse gemäß Ziffer 1
  - die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2021 einschließlich Stellenplan,
  - die mittelfristige Finanzplanung samt Investitionsprogramm 2020 bis 2024 und
  - den Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs Stadtwerke Ostfildern.

  
Bolay  
Oberbürgermeister

gez. Lechner  
Erster Bürgermeister

gez. Weisbarth  
Zentrale Dienste/Finanzen

## Erläuterungen

Der Entwurf des Haushaltsplans 2021 wurde am 07.10.2020 in den Gemeinderat eingebracht. Nach der erfolgten ersten Lesung und der Generaldebatte am 11.11.2020 steht nun die Behandlung der Anträge und Anregungen aus der Generaldebatte zum Haushaltsplan 2021 an.

### 1. Finanzanträge

Vor der Verabschiedung des Haushaltsplans am 09.12.2020 sind zunächst vier finanzwirksame Anträge der Gemeinderatsfraktionen/Stadträte zu entscheiden (siehe Anlage 1). Etwaige Mittelkürzungen sollten mit Sperrvermerk erfolgen. Soweit Finanzanträge eine Mehrheit finden, so werden diese im Wege über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen zum Haushalt mit einer Kostendeckung durch den Haushaltserlass 2021 mit den dort enthaltenen Orientierungsdaten bzw. der Ergänzung durch die Steuerschätzung vom November 2020 umgesetzt.

Es soll daran erinnert werden, dass nach § 21 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderats (GO GR) Finanzanträge, die eine Erhöhung der Ausgaben oder eine Senkung der Einnahmen bewirken, einen Finanzierungsvorschlag beinhalten müssen.

### 2. Finanzzwischenbericht bzw. Nachtragshaushaltsplan

Die Haushaltssatzung kann bis zum Ablauf des Haushaltsjahres durch eine Nachtragshaushaltssatzung geändert werden. Der Haushaltsentwurf 2021 musste wegen eines fehlenden Haushaltserlasses 2021 und somit mangels Orientierungsdaten mit eigenen Prognosen und Annahmen der Verwaltung aufgestellt werden.

Die bislang erkennbaren Veränderungen durch die zwischenzeitlich vorliegenden Orientierungsdaten des Haushaltserlasses 2021 vom 06.10.2020 sowie die nachfolgenden Ergebnisse der November-Steuerschätzung 2020 sind eher positiver Natur.

Die Ertragsseite verbessert sich geringfügig. Es entstehen Mehrerträge durch den höheren Grundkopfbetrag von 1.405 € sowie einem neu hinzugekommenen Flächenfaktor im kommunalen Finanzausgleich, jedoch verringern sich jeweils der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie der Umsatzsteuer.

Die Aufwandsseite wird durch eine niedrigere Kreisumlage entlastet. Der Haushaltsentwurf 2021 sieht einen Kreisumlagehebesatz von 31,5 % vor. Der vom Landkreis Esslingen angekündigte Hebesatz von 30,8 % bzw. die von den Fraktionen auf 30,0 % beantragte Senkung würde zu einem Minderaufwand von etwa 1,0 Mio. € führen. Der tatsächliche Kreisumlagehebesatz steht allerdings erst nach der Verabschiedung des Kreishaushalts im Dezember 2020 fest.

Somit verbessert sich der Ergebnishaushalt aus heutiger Sicht um > 1,0 Mio. €. Als verbleibendes großes Haushaltsrisiko 2021 ist die wirtschaftliche Situation infolge der noch nicht überwundenen Corona-Pandemie anzusehen. Dies gilt insbesondere für die Gewerbesteuer, welche besonders konjunkturanfällig ist. Mit etwaigen eintretenden Verbesserungen sollte die hohe Kreditaufnahme 2021 gedämpft werden.

Weil der Haushalt insgesamt gedeckt ist, kann auf die Einarbeitung der Veränderungen durch die Orientierungsdaten und die November-Steuerschätzung sowie weitere Aktualisierungen wie Einwohner- und Schülerzahlen verzichtet werden. Damit besteht auch eine gewisse Vorsorge für Haushaltsrisiken.

Aus heutiger Sicht könnten im Jahr 2021 Finanzzwischen- und Steuerungsberichte ausreichend sein. Die Verwaltung bietet aber für den Bedarfsfall an, in der Juni- oder Juli-Sitzungsrunde 2021 statt des ersten Finanzzwischenberichts einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Dies wäre dann der Fall, sofern die gesetzlichen Anforderungen des § 82 Abs. 2 GemO für einen Nachtrag erfüllt sind.

### 3. Allgemeine Anträge und Anregungen

Die Verwaltung wird für die nächste bzw. übernächste Sitzungsrunde eine Vorlage mit Verfahrensvorschlägen zu den allgemeinen Anträgen und Anregungen vorbereiten. Dabei werden die betroffenen Fachbereiche und Einrichtungen mit einbezogen.

Der Gemeinderat wird um die Beratung der Haushaltsanträge sowie um die Verabschiedung des Haushalts 2021 gebeten.

#### Finanzielle Auswirkungen

Produkt- / Auftragskonto:

Die finanziellen Auswirkungen sind im Vorbericht des Haushaltsplans 2021 ausführlich dargestellt.

	<b>Kostenart bzw. Investition</b>	<b>Einzahlungen/ Erträge in €</b>	<b>Auszahlungen/ Aufwendungen in €</b>
einmalig			
jährlich			

#### Finanzierung durch

- |  |   |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Haushaltsmittel                                 | <input type="checkbox"/> Ermächtigungsrest            |
| <input type="checkbox"/> Überplanmäßige Auszahlungen                     | <input type="checkbox"/> Außerplanmäßige Auszahlungen |
| <input type="checkbox"/> Deckung über- und außerplanmäßiger Auszahlungen |   |

Anlagen: 2

**Erläuterungen**

**Anlage 1**

In der Generaldebatte des Haushaltsplans am 11.11.2020 haben die Parteien und Wählervereinigungen 4 finanzwirksame Anträge gestellt. Die Verwaltung schlägt folgende Behandlung vor:

**Finanzanträge zum Haushalt 2021 - Weitere Behandlung**

lfd. Nr.	Antragsteller	Produkt(gruppe)/ Auftrag/Sachkonto	Bezeichnung	Veränderung	Begründung	Vorgeschlagenes Vorgehen (VA 02.12.2020/GR 09.12.2020)
1.	Freie Wähler B90/Die Grünen	51 10 02 00 4291000 51 10 05 01 4291000	Baugebiet Nellingen West	-20.000 €  -50.000 €	Der Investorenwettbewerb für Nellingen West soll auf Eis gelegt werden um das dafür erforderliche Geld und der Zeitaufwand für weitere Planungen in aktuell wichtigere Projekte zu investieren. Das Gutachten bestätigt eindeutig, dass die vorhandene Infrastruktur bei Weitem nicht für ein weiteres Baugebiet ausreichen würde.	Bildung eines Sperrvermerks. Die Verwaltungsführung schlägt eine endgültige Behandlung dieses Themas im Rahmen der Flächennutzungsplandiskussion vor.
2.	B90/Die Grünen	55 10 01 01 4211100	Schottergärten	überplanmäßig: 2.000 €	Die Stadt schafft einen Anreiz bestehende Schottergärten umzuwandeln. Gedacht ist an einen Gutschein i.H.v. 200 € pro Neubepflanzung.	Bei Zustimmung liegt der Betrag im Zuständigkeitsbereich der Verwaltung.
3.	B90/Die Grünen SPD	99 02 41 60 4019000	Honorarverträge Musikschule	überplanmäßig: 80.000 €	Die Honorarkräfte der Musikschule mit mindestens 20 Prozent Lehrtätigkeit erhalten TVÖD-Verträge. Die erforderlichen Personalstellen werden in den Stellenplan 2021 aufgenommen und die notwendigen finanziellen Mittel bereit gestellt.	Die Verwaltung empfiehlt entsprechend dem aktuellen Informationsstand eine Umwandlung ab einem Beschäftigungsumfang von ca. 40%. Die 2,5 Planstellen würden im Rahmen des Stellenplans 2022 geschaffen, die Umsetzung könnte im Vorgriff erfolgen.
4.	SPD	I 36500XXX 7818000	Investitionskostenzuschuss Neubau Waldorfkindergarten	außerplanmäßig: 500.000 €	Für den Bau des neuen Waldorfkindergartens ins Kemnat sollen für 2021 außerplanmäßig Fördermittel i.H.v. 500.000 € bereitgestellt werden.	Eine Finanzierung ist nur durch eine höhere Kreditaufnahme möglich. Das vom Waldorfverein vorgeschlagene Neubauprojekt ist mit dem beantragten Investitionszuschuss von 500.000 € nicht umsetzbar. Die Gesamtkosten belaufen sich auf > 2,0 Mio. €.

**Allgemeine Anträge und Anregungen des Gemeinderats bei der  
Generaldebatte des Haushaltsplans 2021 am 11.11.2020**

**Anlage 2**

**I. Fraktion Freie Wähler Ostfildern e.V.**

1. Die Fraktion fordert die Verwaltung erneut auf, im Baugebiet Ob der Halde in Scharnhäusen bereits jetzt eine Kinderbetreuungseinrichtung einzuplanen, unabhängig davon, ob es mit einem Investor gelingt oder ob die Stadt diese Einrichtung selbst schultern muss.
2. Die Freien Wähler beantragen, dass bei jeder Vorlage zum Thema Mobilitätsstrategie die Folgen darzulegen sind: was sich verändert wenn man an gewissen Stellschrauben dreht und welche Investitionen dafür notwendig sind.

**II. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

1. Die Fraktion beantragt, dass die Verwaltung eine Ausbildungsinitiative KITA mit folgenden Zielen startet:
  - Mehr bezahlte Ausbildungsplätze für Erzieher\*innen und Kinderpfleger\*innen zu schaffen
  - Neue Wege in der Ausbildung von pädagogischem Personal für die Kitas zu gehen
  - Mit Weitblick die Versorgung der kommenden Jahre zu sichern
2. Die Fraktion möchte, dass die Verwaltung sich zeitnah und aktiv für den Waldorfkindergarten einsetzt und kreativ werden soll, um diesem einen Neubau mit zusätzlichen Gruppen innerhalb der Stadt zu ermöglichen.
3. Die Fraktion fordert, dass die Verwaltung mit den Grundschulkollegien in einen Dialog über mögliche Weiterentwicklung zu Ganztagschulen tritt.
4. Bündnis 90/Die Grünen beantragt alle Planungen bezüglich Nellingen West, die an mehreren Stellen im Haushalt genannt sind, einzufrieren. Das Personal und Budget sollen an anderen dringend nötigeren Stellen eingesetzt werden.
5. Außerdem möchte die Fraktion, dass die Verwaltung aktiv Aufstockungen auf vorhandene Gebäude und Garagen zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum und Gewerbefläche fördert.
6. Die Fraktion bittet die Verwaltung kurzfristig die bestehenden Buslinien zu überprüfen und rechtzeitig vor der neuen Linienbündelausschreibung zusätzlichen Bedarf beim Landkreis anzumelden. Die Bedarfe sollen dabei in den ersten Monaten des Jahres 2021 auch durch eine Online-Bürgerbeteiligung und eine Abfrage bei den Gewerbebetrieben ermittelt werden.
7. Bündnis 90/Die Grünen beantragen, dass die Verwaltung die Planungen für die Stadtbahnverlängerung nach Esslingen gemeinsam mit dem Landkreis, der Stadt Esslingen und der SSB direkt einleitet, sobald die Bewertungskriterien der Bundesfördergelder dies zulassen.
8. Die Fraktion fordert die Verwaltung dazu auf, zusammen mit der Polizei die Unfallschwerpunkte im Rad- und Fußverkehr zu ermitteln und zu prüfen und dann festzustellen, ob bauliche Nachbesserungen notwendig werden.
9. Die Fraktion möchte, dass die Verwaltung Bundesmittel aus dem "Konjunkturprogramm für Klimaschutz in Kommunen" zum Ausbau des Fuß- und Radwegs entlang der Rinnenbachstraße zwischen Nellingen und der Parksiedlung mit ausreichender Breite für einen Begegnungsverkehr von Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen beantragt.
10. Darüber hinaus beantragt die Fraktion, dass im Radwegenetz der Stadt Übergänge in den Straßenverkehr, Ausstellflächen an Kreuzungen und Abzweigungen direkt auf der Straße farblich markiert und hervorgehoben werden.
11. Außerdem möchten Bündnis 90/Die Grünen, dass die Verwaltung mit der Stadt Stuttgart bezüglich den Planungen der Region über einen Radschnellweg von der Landeshauptstadt nach Ostfildern in Dialog tritt.
12. Die Fraktion beantragt, dass auf dem Schulcampus Nellingen zusätzliche Radabstellmöglichkeiten durch mehrstöckige überdachte Anlagen gebaut werden.

**Anmerkungen / Erledigung**

Siehe Finanzantrag Ziffer 1.

13. Die Fraktion fordert die Verwaltung auf, Bundesfördermittel aus dem "Aktionsplan für klimafestes Deutschland" abzurufen, um Hitzeschutzmaßnahmen bei städtischen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen oder Spielplätzen zu schaffen, beispielsweise für Übershattungen durch Sonnensegel, Fassadenbegrünung oder öffentliche Trinkwasserspender.
14. Die Fraktion möchte, dass die Verwaltung die Stadtbeleuchtung auf insektenfreundliche Wellenlänge und eine mögliche Dimmung hin überprüft, um Lichtverschmutzung zu begegnen.
15. Die Fraktion bittet die Verwaltung bei Neuvergaben und Verlängerungen verpflichtend Blühstreifen in die Pachtverträge für städtische Ackergrundstücke aufzunehmen.
16. Bündnis 90/Die Grünen möchten, dass im neuen Wohngebiet Ob der Halde in Scharnhausen Apfelbäume gemäß den neuen Straßennamen gepflanzt werden.
17. Darüber hinaus bittet die Fraktion das Entsorgungskonzept der öffentlichen Mülleimer angesichts der verstärkten Nutzung der örtlichen Naherholungsräume zu überarbeiten.

### III. CDU-Fraktion

1. Die CDU erwartet, dass sich die Stadtverwaltung zum Thema Fortführung der U7 nach Esslingen Gedanken macht und konkrete Konzepte entwickelt bzw. vorlegt.
2. Die Fraktion fordert von der Verwaltung ein Konzept zur Gewinnung von Kita-Personal. Und zwar eines, das sich nicht in der Durchführung von Workshops erschöpft, die effektiv keine Auswirkung auf die Bewerberlage haben, sondern messbare Erfolge schafft.
3. Die Fraktion möchte die Meinung der Verwaltung hören, wie sich der Fachbereich 2 überschaubarer aufteilen lässt. Der Vorschlag ist eine Aufteilung in einen Fachbereich "Bildung, Betreuung, Sport" und einen zweiten "Kultur, Jugend, Familie, soziale Lebenswelten". Aus Sicht der Fraktion wäre dies sicher auch zum Vorteil der Einrichtungen und ihrer Beschäftigten.
4. Die CDU-Fraktion bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung zur gemeinsamen (mit Sportvereinen) Erstellung und Bewirtschaftung einer Freilufthalle für die Ausübung unterschiedlicher Sportarten in Ostfildern. Dieses Projekt der Sportvereine sollte unterstützt und vorangetrieben werden, gestützt von der Fortführung der Sportentwicklung und der Bereitstellung einer Baufläche für die Erstellung einer solchen Halle, die nicht nur die sportlichen Perspektiven für alle Einwohner in der Stadt erhöht, sondern auch ihre Attraktivität und gleichzeitig flexiblere Möglichkeiten für die Schulen schaffen könnte.
5. Die CDU bittet um eine aktualisierte Betrachtungsweise, was aus der Liste der Liegenschaften aus der Immobilienklausur 2018 geworden ist unter Berücksichtigung der Fragestellung, welche Konsequenzen die damalige Klausur hatte. Wurde nur abgerissen, neu gebaut bzw. generalsaniert oder auch werterhaltend repariert und saniert?
6. Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten, welche Konsequenzen ein weiteres Wachstum der Stadt in Bezug auf die Kapazitäten von Bildungseinrichtungen, Kultur, städtischer Verwaltung und sonstiger Infrastruktur hat. Konkret bedeutet das, welche Konsequenzen bspw. aus den Baugebieten Parksiedlung Nord-Ost, Ob der Halde in Scharnhausen, Nellingen West, ggf. Ruit Nord-West und das Gewerbegebiet Scharnhausen West entstehen. Weitere Antworten bzw. sich daraus in der Realität ergebende Konsequenzen baulicher und infrastruktureller Art werden weiterhin von der Stadtverwaltung erwartet.
7. Die CDU möchte wissen, ob es konkrete Überlegungen seitens der Verwaltung gibt, welche freiwilligen Projekte sich die Stadt leisten kann bzw. auf was verzichtet werden kann und welche Priorisierungen es hierbei gibt. Beispielsweise geht es um die Fortführung beendeter Förderprojekte, welche natürlich auch in die Strukturen der städtischen Bildungseinrichtungen und -kultur eingreift. Falls nein, müsste der Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung sich darüber verständigen.

#### IV. SPD-Fraktion

1. Die Fraktion erinnert an ihren letztjährigen Antrag zur Förderung der Tagespflege. Die Tageselternbetreuung soll mit 50 € pro Platz gefördert werden, um Anreize zu schaffen, weitere Tagespflegepersonen zu gewinnen und den Tagespflegeverein Esslingen bei Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Darüber hinaus sollen Fortbildungstage bezuschusst werden.
2. Die SPD bittet um Prüfung, wo die aktuell fehlende Kita-Gruppe in Scharnhausen vorübergehend untergebracht werden kann.
3. Die Fraktion bittet um einen Bericht, wie die Personaloffensive zur Fachkräftegewinnung in Kindertagesstätten konkret aussehen wird.
4. Die SPD befürwortet die Entwicklung von Konzeptideen für den Ganztagschulbetrieb an Grundschulen und bittet dies nachdrücklich zu verfolgen und dem Gemeinderat darüber zu berichten.
5. Darüber hinaus beantragt die Fraktion die Herausforderungen von älteren und pflegebedürftigen Menschen im Rahmen der Altenhilfeplanung zu bewältigen.
6. Die SPD-Fraktion erinnert an ihren letztjährigen Antrag und fordert einen Bericht über die Entwicklung der Treffpunkte hin bis zur Quartiersarbeit in den Stadtteilen.
7. Die Fraktion befürwortet unter Berücksichtigung der Interessen der städtischen Musikschule die Einstellung von freiberuflich tätigen Musikschullehrern mit einem höheren Deputat sowie eine schrittweise Anpassung von Honoraren. Siehe Finanzantrag Ziffer 3.
8. Die Fraktion beantragt eine besondere Förderung - nicht nur der sporttreibenden Vereine -, um die fehlenden Einnahmen auszugleichen und bittet um Aussetzung der Mieten für Hallen und städtische Räume.
9. Die SPD-Fraktion fordert auch weiterhin die Sicherung der Stelle der Integrationsbeauftragten.
10. Die SPD beantragt erneut die Gründung eines Stadtseniorenrats.
11. Die Fraktion erwartet von der Verwaltung einen Abgleich der Maßnahmen mit den selbstgesteckten Zielen im Rahmen des Pariser Klimaschutz-Abkommens: ist in Ostfildern inzwischen die CO<sub>2</sub>-Neutralität erreicht, die im integrierten Klimaschutzkonzept 2012 gefordert wurde? Welche weiteren Maßnahmen wurden umgesetzt?
12. Die Fraktion beantragt, dass die Verwaltung aktiv auf die Ergebnisse des Fahrrad Klimatests des ADFC reagiert.
13. Die SPD fordert Informationen über die konkreten Schritte bei den weiteren Teilen des Mobilitätskonzepts, über den Stand der Umsetzung des Entleihsystems RegioRad mit Zuschüssen aus der Region sowie einen Bericht, welche sicheren Radabstellanlagen 2021 realisiert werden können.
14. Die Fraktion erwartet von der Verwaltung, dass sie beim Projekt Hindenburgstraße den konstruktiven Dialog mit der Initiative der Anwohnenden sucht, erneute Verkehrszählungen vornimmt und die entsprechenden Vorschläge zur Verkehrsberuhigung zeitnah prüfen wird und dem Gemeinderat darüber berichtet.
15. Die SPD beantragt, dass die Schaffung von kostengünstigem Wohnraum nach wie vor ein wichtiges Ziel sein soll.
16. Die SPD-Fraktion bittet um einen Bericht, wie der Stand des digitalen Rathauses ist und welche weiteren Schritte derzeit geplant werden.

#### V. Freie Demokraten

keine

**VI. Anträge von Stadträtin Dr. Jutta Zwaschka (Die LINKE)**

1. Frau Dr. Zwaschka bittet die Verwaltung um Prüfung, an welchen Schulen virtueller Förderunterricht benötigt wird. Der Unterricht soll ehrenamtlich stattfinden, zum Beispiel durch jeweils ältere Schüler\*innen, Studierende oder sonstige Freiwillige. Dafür soll eine Aufwandsentschädigung gewährt werden.
2. Außerdem beantragt Frau Dr. Zwaschka die Verwaltung zu prüfen, wie der soziale Wohnungsbau gefördert werden kann. Insbesondere bei städtischem Ankauf von bereits bebauten Grundstücken soll diesbezüglichen Investoren die Erbpacht angeboten werden, um die Gesamtkosten bei Bauerstellung zu senken. Ebenso soll geprüft werden, ob im Einzelfall eine Ausnahmegenehmigung für ein zusätzliches Stockwerk erteilt werden kann. Dadurch wird Fläche gespart und für den Investor wird es insgesamt rentabler.